

~~VS-VERTRAULICH~~  
~~AMTSTICH-GEHEIMGEHALTEN~~

II C-231-S-240 051-989-

/92 VS-Vertr. Köln, den 30. Aug. 1992

Offenlegung gem. Kabinettschluss vom 16.09.2009.  
keine Eintragung in der VS-Nachweisdatenbank

Sankt Augustin, 12. DEZ. 2025 *Maw*

Herrn Präsidenten  
Herrn Vizepräsidenten

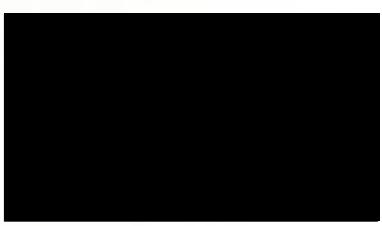
Betr.: ND-Lage Rechtsterrorismus vor dem Hintergrund der  
Ereignisse von Rostock  
hier: Sprechzettel für Ministerlage am 31.8.1992

Bezug: Weisung vom 27.8.1992

Anlagen

Als Anlage wird der gewünschte Sprechzettel vorgelegt.

Im Hinblick darauf, daß dem BfV in diesen Stunden immer neue  
Gewalttaten gemeldet werden, werden die zu Ziff. 4.3  
angegebenen Zahlen über Leiter Stabsstelle vor Beginn der Lage  
aktualisiert werden.



~~VERTRAULICH~~  
~~ÄMTLICH - GEHEIMGEHALTEN~~

Anlage 1 zu: II C-231-S-240 051-989- /92

vom 30. August 1992

1 Die Vorfälle in Hoyerswerda werden durch die Ereignisse in Rostock um ein Vielfaches übertroffen. Dies gilt für die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttäter ebenso wie für die Zahl der Unterstützer aus der Bevölkerung, die linksextremistischen Kräfte vor Ort wie das Ausmaß der angerichteten Schäden:

1.1 Vom 22. bis 26. August fanden in Rostock-Lichtenhagen vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) fremdenfeindliche Krawalle bisher nicht gekannten Ausmaßes statt.

Die Ausschreitungen entstanden nach einer in der örtl. Presse angekündigten Demonstration einer aus Anwohnern gebildeten Bürgerinitiative gegen die seit langem als unzumutbar beanstandeten Belästigungen durch die in der ZAST untergebrachten 200 - 300 Asylbewerber.

Zunächst mehrere hundert und in den Folgenächten bis zu 1.200 Gewalttäter - zumeist Jugendliche und Heranwachsende aber auch zahlreiche Erwachsene - griffen die ZAST und die bis zu 1.300 eingesetzten Sicherheitskräfte mit Molotowcocktails, Leuchtraketen und Steinen an. Bis zu 3.000 Schaulustige und Sympathisanten stachelten die Gewalttäter an, unterstützten sie u. a. bei der Herstellung von Brandflaschen (nd Quelle) und boten ihnen in der Menge und den Häusern Schutz vor polizeilicher Verfolgung. Nach vorübergehendem Rückzug der Polizei, die am 24. August den Gebäudekomplex von den Ausländern geräumt glaubte, drangen die Angreifer in die ZAST ein und richteten dort Verwüstungen an; mehrere Wohnungen brannten aus.

Durch die mit äußerster Brutalität geführten Angriffe wurden nach bisheriger Kenntnis insgesamt über 200 Einsatzbeamte verletzt, einer lebensgefährlich. Die Höhe der Sachschäden ist noch nicht abschätzbar.

Bis zum 28. August wurden nach Auskunft der Polizei insgesamt 290 Gewalttäter festgenommen; gegen 26 erging Haftbefehl, davon in

zwei Fällen wegen versuchten Mordes. Bei den Festgenommenen (27 weibliche), handelt es sich um 255 Erwachsene, 34 Heranwachsende und ein Kind. Etwa zwei Drittel von ihnen wohnen in Rostock (138) bzw. in Mecklenburg-Vorpommern (53); aus Berlin und den übrigen neuen Ländern waren 53, aus den alten Bundesländern 46 der Festgenommenen angereist.

Über die dem BfV übermittelten Festgenommenen (bisher rund 290 Personen) liegen folgende Vorerkenntnisse vor:

- ca. 40 Linksextremisten (mit einem hohen Anteil auswärtiger)
- 1 Sicherheitsüberprüfter
- 2 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des MfS
- 3 DVU-Mitglieder
- 3 militante Rechtsextremisten

- 1.2 Den Verfassungsschutzbehörden lagen vorab **keine Erkenntnisse über in Rostock beabsichtigte fremdenfeindliche Aktivitäten** vor. Ebenso wenig waren dem BfV die kritische Situation in der ZAST und deren Umgebung sowie die zunehmenden Anwohnerproteste, welche offenbar zu den Ausschreitungen eskalierten, bekannt.

Die von der Polizei zunächst geäußerte Vermutung, die Krawalle seien von Rechtsextremisten **überregional geplant und organisiert** worden, findet in den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden **keine Bestätigung**. Nach Angaben einer in der Erprobung befindlichen Quelle planten Skinheads zwar die Teilnahme an der Demonstration, jedoch keine Gewalttaten. Diese sollen sich spontan aus der Menge heraus entwickelt haben.

Nach aktuell eingehenden und übereinstimmenden nd. Quellenmeldungen zu den Rostocker Ereignissen zeigten sich militante Rechtsextremisten in Hamburg und Berlin zu ihrem eigenem Bedauern von den Krawallen aber überrascht.

Andererseits liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß **linksextremistische autonome Kreise zeitgleich** von der Entwicklung der Ausschreitungen Kenntnis hatten und teilweise noch am Abend des 22. August von Berlin nach Rostock aufgebrochen sind (80 bis 150 Per-

sonen). Einer nicht erprobten Quelle zufolge sollen sich schon vor Beginn der Krawalle Rostocker **Autonome in der ZAST** aufgehalten haben, angeblich um die Asylbewerber zu schützen. Aus der ZAST heraus seien zunächst Sinti-Roma-Musik und mit fortschreitender Eskalation auch sozialistische Kampf- und Arbeiterlieder zu hören gewesen sowie Steine u. a. zurückgeworfen worden. Erst im Laufe des Abends haben sich auch **Skins** auch Rostock an den Gewalttätigkeiten beteiligt. Angelockt von Medienberichten seien auswärtige rechtsextremistische Gewalttäter erst ab Sonntag aufgetreten.

Letzteres wird von westdeutschen Quellen bestätigt. Nach insoweit übereinstimmender nd. Erkenntnislage liegen bisher keine Anhaltspunkte für eine auch erst nachträglich organisierte zentrale Steuerung der rechtsextremistischen Randalierer vor. Insbesondere sind gegenteilige Medienberichte über die Anwesenheit des Hamburger Neonaziführers Christian WORCH bei den fremdenfeindlichen Ausschreitungen nach unbewerteter nd. Kenntnis des LfV Hamburg unzutreffend.

- 2 Aus Protest gegen die fremdenfeindlichen Ausschreitungen fand am **29. August** in Rostock eine **antifaschistische Gegendemonstration** statt.
  - 2.1 An der Demonstration unter dem Motto "Stoppt die Pogrome" nahmen nach Polizeiangaben rund 13.000 Personen teil. An der Spitze des Demonstrationszuges marschierten MdB Hans MO-DROW (PDS) und rund 200 Personen der "Rostocker Antifaschisten". Ihnen folgten Gruppen der "Neuen Linken" wie z. B. die "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD) und der "Spartakus Bund". Eine Vielzahl der Teilnehmer kam nach Polizeiangaben aus dem RAF-Umfeld. Zwar wurden 99 Personen aus der "linken" Szene vorläufig festgenommen (gegen 2 Personen erging Haftbefehl), die Demonstration verlief jedoch weitgehend friedlich. Auch die befürchteten Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten bleiben aus.

- 2.2 Schätzungsweise 800 Rechtsextremisten dürften am 29. August in Rostock gewesen sein, lt. nd. Quellen unter ihnen nun auch der Hamburger Neonaziführer Christian WORCH (36) sowie der militante Neonazi und führende Aktivist der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) Thorsten HEISE (23) aus Nörten-Hardenberg (Niedersachsen). Gewalttaten durch Rechtsextremisten sind jedoch nicht bekannt geworden. Die linke Übermacht war offenbar zu groß. Vereinzelt auftretende Gruppierungen von Skinheads wurden von den autonomen Demonstranten regelrecht gejagt.
- 3 Bereits am 25./26. August hat das BfV folgende Maßnahmen eingeleitet:
- 3.1 Durch persönliche Kontaktaufnahme zu den Leitern der Verfassungsschutzbehörden der Länder und entsprechende fernschriftliche Bitten wurde sichergestellt, daß die Landesbehörden für Verfassungsschutz **Gefährdungsschwerpunkte ermitteln und abklären**. Insbesondere sollen die Ermittlungen sich auf das Umfeld solcher Asylbewerberwohnheime konzentrieren, die aufgrund ihrer Außenwirkung massive Bevölkerungsproteste erkennen oder befürchten lassen. Die Ermittlungen sollen sich insbesondere auch gegen bereits erkannte **militante rechtsextremistische Rädelsführer** richten, aber auch **erkennbare Gegenmaßnahmen in der linken Szene** zum Gegenstand haben.
- 3.2 Alle verfügbaren Observanten, Ermittler, Forscher, Werber und VM-Führer wurden in die neuen Bundesländer entsandt, um erste Erkenntnisse in Erfahrung zu bringen, die ähnliche Ereignisse wie in Rostock auch andernorts befürchten lassen. Die BfV-Mitarbeiter sollen insbesondere an "Brennpunkten" Entwicklungen erkunden, die Solidaritätsausschreitungen mit den Rostocker Randalierern möglich erscheinen lassen.

Die im Rahmen der Amtshilfeaktion "Forschung und Werbung" für Abteilung II des BfV noch tätigen Landesbehörden für Verfassungsschutz Baden-Württemberg und Bayern unterstützen die Bemühungen des BfV in Sachsen, das LfV Niedersachsen in Brandenburg. Alle erreichbaren Quellen in den alten und neuen Bundesländern

sind bzw. werden besonders angehalten, sich in ihrem jeweiligen Zugangsbereich nach weiteren Entwicklungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Rostock umzuhören und umgehend an das BfV zu berichten.

Anmerkung:

Die Erreichbarkeit der Quellen in den neuen Bundesländern gestaltet sich szenenabhängig schwierig und in aller Regel zeitaufwendig. Erste Rückmeldungen sind eingegangen. Hinweise auf geplante Aktionen und Gefährdungsbrennpunkte wurden umgehend an die zuständigen Landesbehörden für Verfassungsschutz bzw. unmittelbar an die zuständigen Polizeibehörden weitergeleitet.

- 3.3 Das BfV hat am 29./30. August eine **Sondertagung** der Leiter der Behörden für Verfassungsschutz in der Schule für Verfassungsschutz durchgeführt und den Ländern einen detaillierten "Forderungskatalog" zur intensivierten Aufklärung des militanten rechtsextremistischen Spektrums übergeben. (vgl. Anlage 2)
  
- 4 Bereits **unmittelbar nach der Vereinigung** Deutschlands hatte das BfV Maßnahmen getroffen, um die **operative Arbeit** in den neuen Bundesländern vorzubereiten. Zu diesen Maßnahmen gehörten umfangreiche personelle Abordnungen in die neuen Bundesländer zur Unterstützung des Aufbaus der Landesbehörden für Verfassungsschutz. Außerdem konzentrierten sich alle Forschungs- und Werbungsmaßnahmen seit der Wiedervereinigung auf die neuen Bundesländer. Zielobjekt war wegen der zunehmenden Gewaltbereitschaft insbesondere der militant-rechtsextremistische Skinheadbereich. Auf Initiative des BfV beteiligten sich mehrere Landesbehörden für Verfassungsschutz der alten Bundesländer an den Werbungsmaßnahmen. Gute Erfolge erzielten dabei insbesondere die Landesbehörden von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Insgesamt konnten        V-Leute geworben werden; weitere Vorhaben dauern an. Die Länder Schleswig-Holstein (Partnerland von Mecklenburg-Vorpommern), Bremen, Hessen und Saarland beteiligten sich leider nicht an diesen Maßnahmen.
  
- 5 Die Ereignisse von Rostock haben eindringlich bestätigt, daß der relative Rückgang fremdenfeindlicher Gewalttaten gegenüber dem

"heißen Herbst" des Jahres 1991 keine dauerhafte Beruhigung der Lage erwarten läßt. Während des gesamten Jahresverlaufs 1992 lag die Zahl der fremdenfeindlichen Gewalttaten deutlich über dem Niveau früherer Jahre (vgl. Anlage 3).

5.1 Beim BfV wurden im Jahre 1992 bis zum 23. August bereits 742 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation erfaßt, davon 624 mit fremdenfeindlicher Zielsetzung. Im bisherigen Jahresverlauf 1992 war im Vergleich zu früheren Jahren eine anhaltend höhere Brutalität und Gefährlichkeit der Taten festzustellen. Gewalttaten, bei denen eine rechtsextremistische Motivation erwiesen oder zu vermuten ist, forderten 1992 9 Todesopfer (1991: 3). Die Zahl der Toten liegt 1992 jetzt schon höher als in früheren Jahren seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des Jahres 1980, als bei dem Sprengstoffanschlag auf dem Münchener Oktoberfest 12 Personen ums Leben kamen. Durch die Gewalttaten wurden - soweit bekannt - 1992 bisher 490 Personen verletzt.

5.2 Belege für die hohe Brutalität und Gefährlichkeit der Taten bietet neben der Zahl der Todesfälle auch der hohe Anteil der Brandanschläge von fast 30 % aller Taten. Es hat sich im 1. Halbjahr 1992 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auch die Zahl der Taten, bei denen Schußwaffen eingesetzt wurden, fast verdreifacht.

Es bildeten sich zunehmend organisatorische Ansätze der militanten rechtsextremistischen Szene heraus. Gegen drei Gruppierungen besteht der Verdacht der Gründung bzw. der Verabredung zur Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung:

- gegen das "Nationale Einsatzkommando" (NEK),
- die Gruppe "Sinstorfer Skinheads" aus Hamburg-Sinstorf, die verdächtigt wird, bereits mehrere Gewalttaten verübt zu haben sowie
- eine Teilorganisation des amerikanischen "Ku Klux Klan" (KKK) in Deutschland.

Allgemein ist vermehrt ein gezieltes Vorgehen rechtsextremistischer Gewalttäter festzustellen. So werden zunehmend technische Mittel zur logistischen Unterstützung der Aktivitäten eingesetzt. In Schleswig-Holstein sind Telefonkettenaktionen von Skinheads zur Mobili-

sierung der Szene bekannt geworden. Andere Gruppierungen sollen über CB-Funk verfügen, wieder andere erörtern den Einsatz von Kampfhunden für militante Zwecke. Auf ein planvolles Vorgehen deutet auch das gelegentliche Auftreten vermummter Täter hin. Skinheadgruppierungen verfügen außerdem zunehmend über Anführer, die Kontakte zu anderen Gruppen unterhalten. Unbestätigte Meldungen berichten über Mailbox-Systeme, bundesweite Kontakte, Zusammenarbeit zu Schulungszwecken und konspirative Verhaltensweisen, zur Irreführung der Sicherheitskräfte.

- 5.3 Der "Erfolg" der Ausschreitungen, meßbar im erzwungenem vorzeitigen Abzug der Asylbewerber und dem gewaltigen Medienecho bedeutet einen nicht zu unterschätzenden **Motivationsschub für militante Rechtsextremisten.**

Seit Beginn der Ereignisse von Rostock wurden im BfV bisher 26 Brandanschläge und 43 sonstige Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation erfaßt (Vorwoche: 10 Brandanschläge und 20 sonstige Gewalttaten). Wegen der Unübersichtlichkeit der Lage am Wochenende dürften sich diese Zahlen nachträglich noch deutlich erhöhen.

Wie nach den Ereignissen von Hoyerswerda ist nach Rostock zunächst eine Welle der fremdenfeindlichen Gewalt zu befürchten. Nach dem in Rostock mit den Ausschreitungen erzielten "Erfolg" für fremdenfeindlichere Bevölkerungsteile muß zumindest in vergleichbaren Brennpunkten ebenfalls mit massiven rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gerechnet werden, die wie in Rostock Unterstützung in weiten Bevölkerungskreisen finden werden. Es ist festzustellen, daß die aus Rostock inzwischen berichtete Distanzierung von Gewalt erst eintrat, als die Asylbewerber verlegt worden waren. Ein weiterer wesentlicher Gefährdungsmoment ist darin zu sehen, daß die militanten Rechtsextremisten bei der Gegendemonstration nicht wie z. Teil angekündigt die "Entscheidungsschlacht" gegen die "Linken" wegen deren Überzahl austragen konnten. Dieses Feindbild dürfte ebenfalls entscheidend an Stellenwert gewinnen. Zudem lassen die Erfahrungen des Vorjahres eine zusätzliche Eskalation

rechtsextremistischer Gewalt zum Tag der deutschen Einheit befürchten.

- 6 Eine Presseauswertung über Ursachen der rechtsextremistischen Gewalteskalation (Stand 28.8.) ist beigefügt (vgl. Anlage 4).